DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

Niederschrift der Landesvorstandssitzung vom 06. Dezember 2019

Ort: Haus der Begegnung, Dresden

Anwesende Mitglieder:

Anja Eichhorn, Michael Eichhorn, Eyk Fechner, Stefan Hartmann, Tilo Hellmann, Kathrin Kagelmann, Andrea Kubank, Silvio Lang, Caroline Lentz, Adelheid Noack, Janina Pfau, Björn Reichel, Susanne Schaper, Marlies Schneider, André Schollbach, Jennifer Trültzsch, Alexander Weiß

Entschuldigte Mitglieder:

Max Wegener

Gäste:

Bernd Spolwig, Jens Matthis , Torsten Steidten (Sprecher Landesrat), Tino Wehner (Betriebsrat), Robert Wünsche (Mitarbeiter Wahlfabrik), Tilman Loos (Pressesprecher)

Erstellung der Niederschrift:

Katharina Hanser

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:
- Tagesordnung/Zeitplan
- DS_7_001-1_Geschaeftsordnung_LaVo
- DS_7_003-1_Mailingliste_LaVo
- DS_7_004-1_Terminplan_2020
- DS_7_021_Ökokonferenz_2020
- DS_7_022_Finanzplan 2020_Gesamt mit Anlagen_intern
- DS_7_022_Finanzplan_2020_Landesverband_intern
- DS_7_022_Finanzplan_Anlage_1_Stellenplan_intern
- DS_7_022_Finanzplan_Anlage_2_LWZ_intern
- DS_7_022_Finanzplan_Anlage_3_Kreise_2020_intern
- DS_7_022_Finanzplan_Anlage_4_mittelfristige_Finanzplanung alle_2020-2025_intern
- DS_7_022_Finanzplan_Anlage_5_Finanzplan_LaVo_2020_intern
- DS_7_022_Finanzplan_Anlage_6_Landesvorstand_2020_ausführlich_intern
- DS_7_022_Finanzplan_Anlage_7_Vermögensaufstellung_intern
- DS_7_023-Zukunft_der_Landeszeitung_mit Anlage
- DS_7_024-Einschätzung_Koalitionsvertrag
- DS_7_025-Vertretungsregelung-LaRa
- DS_7_026-Erwerb_Parteiinfomobil_mit Anlage
- DS_7_027-Strukturdebatte2020
- DS_7_028-intern_AnstellungMA-SGSt-Leipzig
- DS_7_029_Gedenktage2020
- DS_7_030_ÄA_Einschätzung_Koalitionsvertrag

Umlaufmappe:
- Niederschrift der Telefonkonferenz des Gf. Landesvorstandes vom 23.09.2019
- ‚löwenzahn' Fraktion DIE LINKE. Leipzig Heft 02/2019
- ‚Mittelsächsische LinksWorte' Nr. 147 November 2019
- ‚Lili' DIE LINKE. Limbach Nr. 416 November 2019
- ‚DISPUT' Mitgliederzeitschrift DIE LINKE 10/2019
- ‚DISPUT' Mitgliederzeitschrift DIE LINKE 11/2019
- ‚Kommunal.' 12/2019

Tagesordnung:

	Tagesordnungspunkt	Drucksache
1.	Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung	
2.	Aktuelle Debatte: Koalitionsvertrag	DS 7-024 DS 7-030 ÄA
3.	Beschluss Geschäftsordnung / Konstituierung	DS 7-001-1 DS 7-003-1
4.	Beschluss Änderung Terminplan 2020	DS 7-004-1
5.	Zukunft der Landeszeitung	DS 7-023
6.	Erwerb Parteiinfomobil	DS 7-026
7.	Ökokonferenz 2020	DS 7-021
8.	Finanzplan 2020 / Behandlung ÄA Finanzplan 2020	DS 7-022 & Anlagen
9.	Vorbereitung gemeinsame Beratung	DS 7-029
10.	Strukturdebatte	DS 7-027
11.	Vertretungsregelung Landesrat	DS 7-025
12.	Austausch mit den Bundestagsabgeordneten (gemäß B 6 - 149 zu jeder Landesvorstandssitzung)	
13.	Personalangelegenheiten (geschlossen)	DS 7-028
14.	Sonstiges	

TOP 1 – Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung

Der Landesvorsitzende Stefan Hartmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Die Tagesordnung wird einvernehmlich bestätigt.

TOP 2 – Aktuelle Debatte: Koalitionsvertrag

Der Landesvorsitzende Stefan Hartmann berichtet:
- Verfahrensweise: Beschluss erfolgt erst im Januar damit Änderungen vorgenommen werden können
- gemeinsam mit Rico Gebhardt wurde sich dazu in einer Pressekonferenz geäußert; es soll auch in den sozialen Medien Öffentlichkeitsarbeit dazu gemacht werden
- die grundsätzliche Einschätzung ist sehr kritisch; es gab eine Debatte am Dienstag mit der Landtagsfraktion; eine kleine Arbeitsgruppe hat bereits Informationen zusammen getragen; die Landesvorsitzenden sind der Meinung, dass man dabei linke Positionen vertreten muss und sich nicht nur lobend äußern; es soll eine Generallinie vorgeschlagen werden, als Position des Landesverbandes
- Maßstab der Bewertung sind die drei großen gesellschaftlichen Herausforderungen und die altbekannten sozialen Probleme in Sachsen; das Thema Armut wird einmal nicht genannt und mit der „Hilfe zur Selbsthilfe“ soll anscheinend die neoliberale Sozialpolitik der vergangenen Jahre fortgesetzt werden

Die Landesvorsitzende Susanne Schaper berichtet:
- pro Projekt kommt man auf 25.000€ - das wird nicht reichen; alles steht unter dem Haushaltsvorbehalt; es gibt keine finanzielle Untersetzung - darauf sollte man im Kern achten
- neu ist die Terminierung und das Setzen von Zeiten; kann als sehr ambitioniert betrachtet werden; sollten die Zeiten nicht eingehalten werden, kann man verstärkt auf Kontrolle setzen
- man muss sich mit Kritik nicht zurückhalten, auch wenn man rot-grüne Akzente sieht; es ist nicht unsere Aufgabe „Vorschusslorbeeren“ zu vergeben; wir hören die Botschaft, aber uns fehlt der Glaube dazu

Aus der Diskussion:
- im Koalitionsvertrag steht nichts Konkretes drin, auch keine konkreten Maßnahmen; es steht viel Prosa drin und wirkt wie ein verkürztes Wahlprogramm
- es ist unklar, wieviel konkreter überhaupt ein Koalitionsvertrag sein kann; hier kommen unterschiedliche Partner zusammen; es gibt einige Punkte, die wir lange gefordert haben bspw. das Agrarstrukturverbesserungsgesetz; auch das Energie- und Klimaprogramm seit 2012 nicht fortgeschrieben und soll nun Mitte 2020 kommen; man merkt die grüne Handschrift bei bestimmten Themen und das wirkt sich positiv aus; in vielen Bereichen aber sehr schwach und nebulös geschrieben
- im Hochschulteil gibt es einige Punkte, die wir seit langer Zeit fordern; in der Drucksache fehlt der

Punkt, dass alles unter dem Haushaltsvorbehalt steht; vermutlich wird eine Menge an die Kommunen verschoben; zu den Gemeinschaftsschulen wird im Anhang des Koalitionsvertrages etwas formuliert – man will am Ende der Wahlperiode das Schulgesetz anpacken
- beim Gleichstellungsbereich ist ebenfalls wenig untersetzt und nichts konkretes vorhanden; es wird bspw. nicht von festen Quoten bei Frauen in Führungspositionen geredet; die Schließung der Lohnlücke wird nicht konkret benannt; was bedeutet bedarfsgerechte Frauenschutzeinrichtungen? – das ist zu unkonkret; Transgender-Themen im weitesten Sinne kommen zu kurz vor
- Antifaschismus kommt gar nicht vor, Rechtsextremismus nur zwei Mal; man will Verfassungsschutz und Polizei stärken; in einem Bundesland wie Sachsen gibt es hier eine große Leerstelle, auch zur Thematik Gedenkkultur
- im Bildungsbereich liegen die Umsetzungen im Jahr 2024 – hier geht es dann wieder in den Wahlkampf rein; in der Legislaturperiode selbst wird nichts umgesetzt; es gibt die Aussage der Kulturministerkonferenz, dass es in Sachsen bald zu viele Lehrer für Grundschulamt und Gymnasium geben soll und dies wieder gesenkt werden soll; es erfolgt noch eine Ausarbeitung zu dem Bereich
- in unserem Positionspapier gibt es zum Teil eine verklausulierte Sprache bspw. "wissenschaftlich-technische Revolution"; hier muss man konkret sagen, was man meint und was man will; unsere Forderungen an den Koalitionsvertrag müssen präzisiert werden
- der Migrationsteil ist mit 10 Zeilen sehr schwach; es steht drin, dass sie am bisherigen Vorgehen bei Migration und Asyl festhalten wollen – dies sollte man beachten und auch darauf eingehen;
- es gibt die Ankündigung für eine Klausur im Februar/März für eine Schwerpunktsetzung und eine mögliche Umsetzbarkeit; dies bietet die Möglichkeit in die Medien zu kommen
- es wurde bereits versucht das Positionspapier in einer einfacheren Sprache zu verfassen
- es erfolgt der Apell sich nicht direkt mit den Fachpolitiker*innen und jeweiligen Sprecher*innen rückzukoppeln – es braucht den Blick der Partei da drauf; wir müssen die Fraktion auf bestimmte Punkte hinweisen, auch als Emanzipation der Partei von der Fraktion
- Frage: Wofür ist das Positionspapier gedacht und wie entsteht es? / Antwort: Der Landesvorstand soll eine Position bzw. Haltung wiedergeben zu einem Dokument, dass Sachsen die kommenden 5 Jahre prägen wird. Daher erfolgt jetzt kein Beschluss und wir beraten uns gemeinsam im Januar dazu, auch mit der Landtagsfraktion. Es wäre schön, wenn konkrete Änderungsvorschläge kommen, um bspw. die Sprache zu verbessern und zu vereinfachen. Die Partei kann anders agieren als die Fraktion z.B. mit einer Überspitzung der Dinge. Daher ist eine Position des Landesvorstandes wichtig. Hier bietet sich eine thematische Arbeitsteilung (Migration, Gleichstellung, Antifaschismus usw.) an.

TOP 3 – Beschluss Geschäftsordnung / Konstituierung

<u>Geschäftsordnung DS 7-001-1:</u>
Die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau berichtet:
- in der letzten Sitzung wurde festgelegt, dass die Geschäftsordnung noch einmal aufgerufen wird; die letzten Änderungen sind bereits eingearbeitet; es sind keine neuen Änderungsanträge dafür eingegangen, dennoch sollte der Beschluss der letzten Fassung formal erneut erfolgen

Aus der Diskussion:
- Frage: Warum ist die Sitzungszeit unter Punkt 10 nur bis 21 Uhr angesetzt? / Antwort: Prinzipiell ging es darum die Thematik Familienfreundlichkeit ernster zu nehmen. Wir predigen es gegenüber anderen und doch setzen wir uns sonntags und Freitag abends hin. Es wurde aber die Möglichkeit eingeräumt davon mit einer 2/3 Mehrheit abzuweichen.
- Hinweis: Man ist davon ausgegangen, dass Fristvorschläge seitens des geschäftsführenden Landesvorstandes kommen. Daher sollte man sich heute auf eine geeignete Frist verständigen, die länger als 2 Tage ist. / Antwort: Anscheinend gab es da ein Missverständnis, da es eine Aufforderung zum Einreichen von Änderungsanträgen gab. Der Antrag zum Tagungsort wird man bei der nächsten Beratung des Gf. Landesvorstandes behandelt. Die Fristfrage liegt auch in der Organisation bzw. dem Ablauf in der Landesgeschäftsstelle. Es gibt auch den Vorschlag eine erste Lesung durchzuführen, wie bspw. auch mit dem Positionspapier zum Koalitionsvertrag.
- Vorschlag: Punkt 13 zum Thema Frist bleibt offen, der Rest wird nun abgestimmt; mehr als 3-4 Tage Frist wird man aber nicht einräumen können; der Gf. Landesvorstand überlegt sich eine geeignete Formulierung und beachtet auch den Hinweis zum Punkt digitale Beratungen
- es braucht eine beschlossene Geschäftsordnung auch mit dem Punkt 13

- das Thema Frist in Punkt 13 der Geschäftsordnung kann als Wiedervorlage bei einer kommenden Beratung behandelt werden mit der gleichen Verfahrensweise, wie in der letzten Sitzung

Abstimmung DS 7-001-1: einstimmig beschlossen

<u>Mailingliste DS 7-003-1:</u>
Die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau berichtet:
- beim letzten Mal gab es die Debatte, wie man die anderen gewünschten Personenkreise mit erreicht und es war unklar, wer in welchen Verteilern steht; dies wurde nochmal aufbereitet
- im vorstand-intern-Verteiler sind nur die Vorstandsmitglieder und die verantwortlichen Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle
- im vorstand-Verteiler ist der Personenkreis größer; dieser dient der Arbeit des Landesvorstandes; in der Anlage 1 sind die gewünschten Personenkreise aus der letzten Sitzung mit einem ‚(x)' angegeben; dies führte zum Teil zu Verwirrung bspw. bei den Sprecher*innen der landesweiten Zusammenschlüsse
- daher der Vorschlag: die Versendung der Tagesordnung und der Protokolle erfolgt über LV-Info-Verteiler mit dem Hinweis, dass jeder teilnehmen kann; die mit (x) markierten Personenkreise werden aber nicht in den vorstands-Verteiler aufgenommen; mit dem Vorschlag erfolgt eine Entlastung dieses Verteilers und dennoch die Information an den Landesverband zu stattfindenden Beratungen
- Betriebsrat: das Gremium hatte sich mehr Transparenz gewünscht; das wurde in der Vorlage so mit rausgearbeitet; die Drucksachen werden weiterhin über den Vorstandsverteiler versendet

Aus der Diskussion:
- es entsteht eine Lücke, da in der Tagesordnung nicht ausgewiesen ist, welche Vorlagen es gibt; Vorschlag: eine ergänzende Angabe zu welchem Punkt öffentliche Unterlagen vorliegen und welche damit abgerufen werden können
- Messenger Signal: Wie bindend ist die Nutzung von Signal und kann man nicht einfach den Mailverteiler nutzen? / Antwort: Dies wurde bei der letzten Sitzung so beschlossen. Wie sich das im Einzelfall strukturiert, muss man dann gegebenenfalls prüfen. Noch gibt es keine Messenger-Gruppe und dient wohl eher der schnellen Kommunikation.
- der Finanzbeirat muss Beschlüsse mit finanzrechtlichem Charakter vorberaten, da wird eine Tagesordnung nicht ausreichen; der Finanzbeirat muss bei Fehlern direkt darauf hinweisen, so dass der Finanzbeirat seiner Beratungsfunktion auch nachkommen kann / Antwort: Bisher war es auch nicht so und hat anscheinend dennoch funktioniert.

Verfahrensvorschlag: es wird die Drucksachennummer bei den Tagesordnungspunkten mit angegeben; die Mitglieder des Finanzbeirates werden mit in den vorstand-Verteiler aufgenommen; die Landesfinanzrevisionskommission, die Kreisvorsitzenden und die restlichen mit (x) markierten Personengruppen erhalten die Informationen über den LV-Info-Verteiler

Abstimmung DS 7-003-1: einstimmig beschlossen

TOP 4 – Beschluss Änderung Terminplan 2020

- es sollten keine Sonntage mehr genutzt werden, daher mussten neue Termine gefunden werden; in der Vorlage gelb markiert
- 2 neue Termine mit den Kreisgeschäftsführer*innen; es wurde darum gebeten, dass Kreisgeschäftsführer*innen-Treffen und Sitzungen des Landesvorstandes nicht direkt in der gleichen Woche stattfinden, da manche einen längeren Anfahrtsweg haben
- die Strategiekonferenz wird als Regionalkonferenz am 18.01.2020 in Leipzig stattfinden

DS 7-004-1 Abstimmung: MH / 0 / 2 → bei 2 Enthaltungen beschlossen

TOP 5 – Zukunft der Landeszeitung

Die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau berichtet:
- es gab den Beschluss bezüglich der Zukunft der Landeszeitung; Problem ist, dass die Zeitung zu teuer ist, aber die Genoss*innen dennoch informiert werden müssen
- die Vorlage ist mit Kevin Reißig abgesprochen; man muss sich jetzt melden, wenn man ein gedrucktes Exemplar haben möchte - vorher erfolgte eine Meldung für den Erhalt der digitalen Version; die Information erscheint in der kommenden Ausgabe mit einem Spendenaufruf für die Finanzierung der Zeitung
- nach Januar liegen konkrete Zahlen vor, was die Finanzen und die Druckauflage betrifft; es gibt eine

Kalkulation, hier macht der Versand einen großen Teil aus
- die Landesgeschäftsführerin und an der Zeitung beteiligte Personen erarbeiten Wege, wie man Genoss*innen analog erreichen kann, wenn die Zeitung eingestellt wird

Aus der Diskussion:
- Frage: Einige Kreisverbände haben eine feste Seite und zahlen dafür. Soll mit den Kreisen dann neu verhandelt werden? / Antwort: Ja, das wird dann sicherlich der Fall sein.
- Frage: Gibt es einen Überblick bzw. eine Liste, ob eine Zeitung in den Kreisen vorhanden ist?
- es ist gut, dass generell versucht wird auf Papierform zu verzichten; wir sollten schauen, wie wir neue und kreative Wege gehen können, um Mitglieder zu erreichen bspw. als Podcast oder DIE LINKE. Bild mit dem neuesten Klatsch und Tratsch
- der Finanzbeirat hält den Antrag für überflüssig, da das vorhersehbare Ende nur verlängert wird; wie kann man tagesaktuell und niederschwellig online informieren – dafür braucht es keine PDF; es wird für die Ablehnung des Antrages und damit der Einstellung der Landeszeitung plädiert, da es ein überholtes Medium ist und die Qualität aufgrund des redaktionellen Druckes „wir müssen jetzt was produzieren" gelitten hat
- es liest sich so, als würden wir durch die Nicht-Mitfinanzierung des Kommunalpolitischen Forums darüber reden, das ist aber nicht der Fall; es gab bereits vorher den grundsätzlichen Wunsch das Zeitungsprojekt zu evaluieren
- die Zeitung erscheint in einem bestimmten Rhythmus und dies zwingt zur Einhaltung der Veröffentlichungstermine; dennoch ist es ein wichtiges Mittel der innerparteilichen Information und Kommunikation; die Zeitung sollte grundsätzlich beibehalten werden, mehr digital versendet werden sowie der Erscheinungsturnus geändert werden bspw. quartalsweise
- bei Zeitungen hängt auch „Herzblut" von Menschen dran – unabhängig von der Qualität; es ist ein Instrument der Mitgliederkommunikation, aber kein sehr starkes und eher suboptimales Format; daher steht in dem Beschlussvorschlag drin, dass die Mitgliederkommunikation zunehmend digital erfolgen soll; eine komplette Einstellung der Zeitung im Sinne einer kalten Betriebsschließung ist nicht gut; es braucht ein schrittweises Absenken mit Blick auf die Kosten und Schaffung neuer Kommunikationswege
- es wäre kein gutes Signal des neu gewählten Landesvorstandes; der Vorschlag ist ein guter Kompromiss, um die Kosten im erträglichen Rahmen zu halten
- man muss ganz klar die Finanzen in den Blick nehmen; es stimmt nicht, dass eine Ausgabe 1 Euro kostet, so wie es in der Zeitung steht; wenn die 44.000 € genommen werden, dann sind das 4 % der Einnahmen; bei einem Beschluss muss eine klare Zahl mit beschlossen werden für den Finanzplan
- wir haben den Auftrag vom Landesparteitag bekommen und müssen eine Lösung finden; wir sind verpflichtet Genoss*innen analog zu informieren; sicherlich muss ein neuer Weg gefunden werden, aber wir stehen hier unter Zeitdruck

Vorschlag: Es wird die maximale Zahl mit 44.000€ angenommen und dann kann es letztlich auch weniger werden.

Abstimmung DS 7-023: 11 / 2 / 4 → mehrheitlich beschlossen

TOP 6 – Erwerb Parteiinfomobil

Die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau berichtet:
- Vorschlag kam bereits vom letzten Landesvorstand; die Idee kommt von der Dorfladen-Tour; die Bedingung des Kaufs hängt einem vorhandenem Konzept: Verantwortlichkeit, Betreuung, Inhalte

Aus der Diskussion:
- Frage: Wurde das wirklich evaluiert und nicht nur anhand von Parteiaussagen getroffen? / Antwort: Dies wurde nur im Wahlplanum ausgewertet und nicht nach außen hin.
- es stellt sich die Frage, ob dies ein Mobil für ganz Sachsen ist und wie der Zustand des Fahrzeugs (sofern es sich bereits um ein konkretes Fahrzeug geht) ist / Antwort: Der Zustand kann aktuell nicht eingeschätzt werden.
- es braucht ein praktikables Konzept; es bräuchte erst das Konzept vor den Finanzen – wer schreibt dieses Konzept? / Antwort: Es handelt sich nur um eine Rückstellung. Dies muss ohne Konzept nicht ausgegeben werden. Es ist sinnvoll, dass die Regionalmitarbeiter und weitere Leute mit eingebunden werden und dies nicht nur in der Landesgeschäftsstelle angesiedelt ist.
- es ist eine vernünftige Idee, da unsere Präsenz in der Fläche zurückgeht; dennoch sollte man die Wirkung nicht überschätzen; das Angebot für den Erwerb stand bereits Anfang September – wie lange

gilt das Angebot für das konkrete Fahrzeug? / Antwort: Das Angebot gilt auch weiterhin und ist das gleiche Fahrzeug.
- es wird dafür plädiert die Plankosten in den Finanzplan mit aufzunehmen, falls es doch gebraucht wird und für das Konzept eine Arbeitsgruppe zu bilden, die nicht zwingend nur aus Mitgliedern des Landesvorstandes bestehen muss
- wir wollen ja eine bürgernähere Partei werden; dies ist eine sinnvolle Investition; beim Betriebskonzept sollte man sich auch Gedanken zum Führerschein gemacht werden
- Interessent*innen für eine Konzeptmitwirkung sollen sich bitte bei der Landesgeschäftsführerin melden; es wird noch eine Mail dazu versendet

Abstimmung DS 7-026: MH / 2 / 1 → mehrheitlich beschlossen

TOP 7 – Ökokonferenz 2020

Kathrin Kagelmann berichtet:
- die LAG Adele hatte bereits 2017 die Durchführung einer Ökokonferenz beantragt und diese wurde in Leipzig auch mit einem durchaus guten Erfolg umgesetzt; die politische Idee war die deutliche Stärkung des ökologischen Profils
- es sollte jährlich eine Veranstaltung zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft stattfinden; im Jahr 2019 wurde aufgrund des Superwahljahres pausiert; die Idee wird nun wieder aufgegriffen
- die LAG trifft sich am Sonntag, dem 15.12. und wird sich nochmal zur inhaltlichen Ausrichtung beraten; man will Synergien ausschöpfen und nicht nur die gleichen Themen der Fraktion bearbeiten; es sollte bereits in die Finanzplanung aufgenommen werden, daher die pauschale Vorlage – die konkreten Vorschläge werden Anfang kommenden Jahres erfolgen

Aus der Diskussion:
- eine sehr gute Idee; als LINKE sind wir ökologisch noch nicht stark genug wahrgenommen worden
- Frage: Wie ist die Arbeitsweise und auf welchen Ebenen erfolgt das? / Antwort: Die Sprecher*innen der LAG sind MdLs und es gibt bereits eine konkrete Kopplung zu Fraktion. Es soll auch mit den Fachsprecher*innen und externem Sachverstand zusammen gearbeitet werden. Nicht alle sollen zusammen eine Konferenz machen, sondern jeder etwas, dann hat man mehrere Veranstaltungen und Aktionen.
- der Finanzbeirat hat sich die Frage der angesetzten Kosten gestellt; es sollte nicht immer das eigene Klientel bespielt werden, sondern eine Konferenz mit Teilnehmer*innen aus der Zivilgesellschaft, Vereinen und Referent*innen – dafür reichen die 6.000 € nicht; Vorschlag: mit einem 4-stelligen Betrag bei den Finanzen planen (z.B. 10.000-12.000€) und die LAG Adele liefert dann ein qualifiziertes Konzept
- Soll es eine regelmäßige Veranstaltungsreihe werden? Hier kann man gezielt den ÖPNV ins Auge fassen. / Antwort: Man hat den ÖPNV auf dem Schirm. So ist es aber nicht geplant. Es sollte bewusst gestreut werden.
- die Verbindung der sozial-ökologischen Frage kommt nur von uns; hier müssen wir dran bleiben; man könnte dies aus einem anderen Finanztopf nehmen bspw. sonstige Konferenzen oder direkt mit mehr einplanen und einem Konzept untersetzen
- es wird daran erinnert, dass man mit einer knappen Haushaltslage konfrontiert ist; es folgt das Beispiel der Friedenskonferenz: es gab direkt durch die Landesvorsitzenden den Kontakt zur Bundestagsfraktion, um neben dem Geld, auch Polit-Prominenz für die öffentliche Wirksamkeit zu erreichen
- der Landesverband hat nur knappe Haushaltsmittel, daher wird der Kompromissvorschlag, zusätzlich aus einem anderen Topf greifen zu können, seitens der Antragseinreicher*innen begrüßt - es wird versucht sparsam zu sein

Abstimmung DS 7-021: einstimmig beschlossen

TOP 8 – Finanzplan 2020 / Behandlung ÄA Finanzplan 2020

Die Landesschatzmeisterin Andrea Kubank berichtet:
- die Punkte Zeitung und Infomobil sollten laut der letzten Beratung offen gelassen werden
- die elektronische Abstimmung bleibt mit 0€ drin, da es hier Zeit braucht
- es gab Unstimmigkeiten bei den Personalkosten, das wurde nochmal geändert
- mit allen Änderungen bleibt es bei einem Minus von 118.500 €

Aus der Diskussion:
- Finanzbeirat: Kosten Landesvorsitz entspricht nicht den Vorgaben der Haushaltplanung und -wahrheit; dies muss mittels eines Nachtragshaushaltes gemacht werden, wenn die Ausgaben auch wirklich erfolgen; hier kann man auch Diskussionen auf der gemeinsamen Beratung vorbeugen
- Wurde mit der Fraktion schon über die Finanzen geredet? / Antwort: Es liegen noch keine Informationen vor. Kompromissvorschlag: Bis zum endgültigen Beschluss auf der gemeinsamen Beratung erfolgt die genaue Information und heute der vorbehaltliche Beschluss.
- es folgt der Hinweis, dass der Finanzplan aus dem Erzgebirge mittlerweile ein Beschluss ist
- die Entfristung der Digitalisierungsstelle sollte jetzt noch nicht beschlossen werden, da es noch die Strukturdebatte geben soll; dies hat erhebliche Auswirkungen auf die finanzielle Zukunft
- es sollte der Empfehlung des Finanzbeirates gefolgt werden und der Posten Landesvorsitz gestrichen werden; dies wird nur bei Bedarf vom Landesvorsitzenden selbst bei der gemeinsamen Beratung angesprochen
- Anlage 2 Landesweite Zusammenschlüsse: Wird hier ohne Vorankündigung die Zusage gebrochen? / Antwort: Nein. Es ist nur eine Planung. Sofern die Zusammenschlüsse Gelder brauchen, dann müssen sie diese einfordern – das Geld wird nur eingeplant und der Puffer ist da.

Stellenplan:
Die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau berichtet:
- Kostenstelle Landesvorsitz ist raus; Geschäftsstellenleiter*in bleibt bis Ende März 2020 und es entfällt die Befristung der Stelle Presse/Öffentlichkeitsarbeit; eine Stelle geht im März 2020 in Rente
- es gibt nur noch eine Sachgrundbefristung, aufgrund eines vorhandenen Rückkehrrechts
- neu ist die Rückkehr einer Mitarbeiter*in in Vollzeit, dadurch entfallen 2 Stellen und der Vertrag läuft aus; durch die Mitarbeiter*innen wurden viele Überstunden signalisiert, sodass die Stelle „Digitalisierung“ bleiben soll; eine genaue Stellenbezeichnung und Arbeitsaufteilung kann aber erst nach der Mitarbeiter*innen-Klausur genannt werden
- aufgrund der Strukturfolgen der Wahlen und damit anfallenden Aufgaben sowie unserer eigenen politischen Forderungen hat die Landesgeschäftsführerin um eine Entfristung gebeten
- die Vorlage kam so kurzfristig, da erst letzte Woche das Rückkehrrecht in Anspruch genommen wurde

Der Betriebsrat berichtet:
- die Landesgeschäftsstelle braucht die 8 Vollzeit-Äquivalente, um die angespannte Aufgabenlage zu bewältigen; mit 8 Vollzeit-Äquivalenten sind wir damit im Vergleich zu anderen Landesverbänden sehr sparsam aufgestellt
- es ist nicht absehbar, dass wir mit den geringeren Strukturen in der Fläche weniger Arbeit haben werden; wir sollten uns an den eigenen politischen Forderungen messen
- vor einem Jahr gab es 4 Teilzeitstellen und 4 Befristungen bei weiblichen Mitarbeiter*innen
- es wird darum gebeten, den Stellenplan so zu beschließen

Aus der Diskussion:
- man hat die Entfristung der Stelle lange diskutiert und kam zu dem Entschluss, dass dies richtig ist; die Arbeit in der Landesgeschäftsstelle ist vorhanden
- Verständnisfrage: Es gibt 2 halbe Stellen Vertretung für eine Kollegin, die in Teilzeit war und mit einer halben Stelle ein Rückkehrrecht hat? / Antwort: Ja, die Mitarbeiterin hatte die Digitalisierungsstelle ausgeübt und diese wird nun frei, da eine Rückkehr auf die alte Stelle erfolgt.
- es wird sich für die Entfristung ausgesprochen, da es die Situation erfordert
- wenn die Stelle entfristet ist, dann ist diese Stelle für die nächsten 20 Jahre vorhanden; es ist sinnvoller die Strukturdebatte abzuwarten und stattdessen die Geschäftsstelle zu entlasten
- es gibt weiteren Unterstützungsbedarf durch die Landesgeschäftsstelle für die Kreisverbände auch mit Blick auf die anstehenden Bürgermeister*innenwahlen; hier sollte ein Änderungsantrag erfolgen
- arbeitsrechtlich sind Befristungen schwierig und die Frage ist auch, wie das nach außen wirkt / Antwort: Gar nicht, wenn das niemand bei der Presse verpetzt.
- wir werden zukünftig in der Landesgeschäftsstelle nicht weniger Arbeit von der Partei haben, sondern mehr; die Mitarbeiter*innen brauchen bei ihrer Klausur kommende Woche Planungssicherheit, wie lange es diese Stelle gibt
- in den Finanzplan werden die Kostenstellen Zeitung, Infomobil, Struktur reingenommen, der Vorsitz kommt raus

Antrag: Stellenplan heute nicht beschließen
Abstimmung: 3 / MH / 1 → mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung Finanzplan mit Anlagen: MH / 0 / 4 → bei 4 Enthaltungen beschlossen

TOP 9 – Vorbereitung gemeinsame Beratung

- Landesgeschäftsführerin: Behandlungspunkte sind die Wahl des Finanzbeirates, der Beschluss des Finanzplanes inklusive Stellenplan, Fortgang der Strukturdebatte und der Punkt Gedenktage
- Landesvorsitzender: der Parteitag hat den Auftrag an den Landesvorstand für die Gedenktage gegeben; dazu wurde etwas ausgearbeitet und dies soll auf der gemeinsamen Beratung beschlossen werden; es können noch Ergänzungen eingearbeitet werden; es soll nicht alles mit Konferenzen besetzt werden und bspw. auch in bestimmten Kreisverbänden stattfinden
- Anmerkung: Bitte den Beschluss zu gendern sowie Einbringung weiblicher Widerstandskämpfer*innen bzw. Identifikationsfiguren
- Wahl Finanzbeirat: laut Geschäftsordnung werden 6 Mitglieder gewählt, davon mind. 4 Kreisschatzmeister*innen sowie die Landesschatzmeister*in; die Kandidaturen sind soweit abgesichert
- der Sprecher des Landesrates kündigt einen Antrag für geheime Wahlen an

TOP 10 – Strukturdebatte

Die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau berichtet:
- es gab den Auftrag zur Organisation bzw. dem Ablauf einer Strukturdebatte; bisher gab es zwei Treffen
- es musste eine Bestandsaufnahme gemacht werden; neben den Regionalkonferenzen soll es ein Strukturplenum geben (angelehnt an das Wahlplenum), das den Prozess begleitet
- dieses soll die Breite der Partei abbilden; es gibt Vertreter*innen aus Landesvorstand, Landesrat, Landesweite Zusammenschlüsse, Kreis- und Stadtverbände, Jugendverband, Betriebsrat und Landessenior*innenkonferenz
- es gibt eine Zeitschiene mit einer Kick-Off-Veranstaltung; im Vorfeld des Parteitages muss auch über die Finanzstruktur und möglicher notwendiger Satzungsänderungen geredet werden, auch aufgrund der einzuhaltenden Antragsfristen; es wird auf jeden Fall auf dem Landesparteitag einen Zwischenbericht für die Genoss*innen geben; die Kosten wurden bei den Finanzen mit eingeplant

Aus der Diskussion:
- es gab Bedenken, ob dies eine gute Sache wird; die Landesweiten Zusammenschlüsse, der Landesrat und die Kreisverbände werden mit genommen; es gibt konkrete Termine, Personen und Aufgaben, die festgelegt wurden; mit externen Moderator*innen sollen andere Wege gegangen werden
- es erfolgt ein Dank für die Vorbereitung; bei der Benennung muss immer auf die Quotierung geachtet werden
- Frage: Können neben den Vertreter*innen aus dem Gf. Landesvorstand auch Vertreter*innen aus dem Landesvorstand dazu kommen? Wer bestimmt die Vertreter*innen aus dem Landesrat und den Landesweiten Zusammenschlüssen und wieso werden diese durch den Landesrat bestimmt? / Antwort: Die Veranstaltungen sind alle parteiöffentlich. Ansonsten kann man auch konkret Personen aus dem Landesvorstand mit in das Papier reinnehmen. Die Entscheidungen der Personen aus den Landesweiten Zusammenschlüsse obliegt dem Landesvorstand.
- im Zeitplan sollte das Treffen der Landesweiten Zusammenschlüsse im April mit genutzt werden; der Landesrat war nur eine Hilfe, da dort laut Satzung die Zusammenschlüsse mit beschließender oder beratender Stimme vertreten sind; im Vorfeld der Landesratssitzung im Januar kann das bei den Zusammenschlüssen beworben werden
- es kann darauf hingewiesen und im Vorfeld beworben werden, aber die Entscheidung und Behandlung sollte im Landesvorstand erfolgen
- bei jedem einzelnen Punkt sollte auf die Mindestquotierung geachtet werden; der Vorschlag wird übernommen
- Frage: Wie wird die Arbeit transparent gemacht, auch außerhalb der Strukturgruppe? Kann man hier nicht auch die Personen der Mitgliederbetreuung im Landesverband gezielter mit reinnehmen?
- Antwort: Die Ergebnisse werden gebündelt veröffentlicht. Vorerst gehen die Ergebnisse aber erstmal an die Gruppe. Die Kreisverbände sollen selbst entscheiden, wen sie dabei haben wollen. Die Mitgliederbetreuung wird aber explizit nicht eingeplant, da es um die Struktur geht – unabhängig von Personalkonzepten. Diese finden Beachtung, aber die Entscheidung obliegt den Kreisen.
- Frage: Wie kommt man von der Mitgliederbetreuung zu einer Personaldebatte? / Antwort: Man kann Mitgliederbetreuung und Struktur nicht direkt trennen, dennoch ist es als ein offeneres Konzept angedacht. Die Kreisverbände sollen entscheiden, wen sie dafür möchten.

- die AG Struktur kann auch entscheiden, dass sie direkt zu den Mitgliederbetreuer*innen oder in die Kreisverbände geht; das ist alles variabel
- es soll bei der gemeinsamen Beratung nochmals beschlossen werden, um die Kreisverbände mitzunehmen

Abstimmung DS 7-027: MH / 0 / 1 – bei 1 Enthaltung beschlossen

TOP 11 – Vertretungsregelung Landesrat

- die Landesgeschäftsführerin ist die Vertreter*in des Landesvorstandes für den Landesrat und die Landesschatzmeisterin ist die nächste Vertreter*in; sollten beide ausfallen, braucht es eine konkrete Regelung, damit kein erneuter Beschluss notwendig ist

Abstimmung DS 7-025: einstimmig beschlossen

TOP 12 – Austausch mit den Bundestagsabgeordneten

Die Landesschatzmeisterin Andrea Kubank berichtet:
- es sind keine Bundestagsabgeordneten anwesend, aber es gab heute ein Gespräch mit 3 Abgeordneten
- die Kommunikation soll für mehr Transparenz verbessert werden; es wird eine individuelle Vereinbarung für dieses Jahr geben; für kommendes Jahr werden die Beitrage planmäßig gezahlt

Aus der Diskussion:
- Frage: Die Einnahmen sind laut Finanzplan etwa nur die Hälfte. Gibt es Ausgleichzahlungen an andere Kreise oder wie kommt es dazu? / Antwort: Es gab bereits Gegenrechnungen, da bereits andere Strukturen finanziert werden. Sobald es Engpässe gibt, dann wird es auch finanzielle Hilfe geben, aber vorerst bleibt es bei der Vereinbarung.
- Frage: Gilt diese Vereinbarung auch individuell fort? / Antwort: Es gab schon immer unterschiedliche Zahlungen, da sie bspw. unterschiedliche Beiträge und Diäten erhalten. Ab kommendem Jahr gibt es keine individuellen Vereinbarungen
- die Bundestagsabgeordneten legen ja über ihre Spenden öffentlich Rechenschaft ab
- der Beschluss des Landesvorstandes vom 29.08. ist die Vereinbarung, die ab 01.01.2020 gültig ist; es war kein öffentlicher Beschluss
- es gibt die Bitte bei einer mittelfristig kommenden Beratung des Landesvorstandes einen Stand zu erhalten, was vereinbart wurde, was bezahlt wurde und wie sich die Bundestagsabgeordneten beteiligen; dieser Punkt kann auch geschlossen erfolgen
- die Landesvorstandsmitglieder werden natürlich zeitnah über die Absprachen und Vereinbarungen informiert, aber es wird keine Veröffentlichung dazu geben
- der Parteitag hat dies beschlossen und der alte Landesvorstand hat gegen den Parteitag beschlossen; es steht nichts dagegen dies auch wieder auf einem Parteitag zu besprechen
- dies war eine Entscheidung des alten Landesvorstandes und der Versuch einen langwierigen Konflikt aufzulösen; der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst, wenn auch nicht von allen getragen
- die alte Vereinbarung sollte nicht wieder neu aufgeknüpft werden; es ging darum eine klare Linie zu finden ab dem 01.01.2020
- Verfahrensvorschlag: bis zur nächsten Landesvorstandssitzung im Januar erfolgt für eine legitime Beurteilung eine Information zum aktuellen Sachstand, damit sich der Landesvorstand dazu verhalten kann
- es geht hier auch um die Frage, wie man mit Parteitagsbeschlüssen umgeht; wir gewinnen mehr Frieden, aber nicht mehr Geld
- der Verfahrensvorschlag ist korrekt, da es eine Faktengrundlage braucht; erst danach lohnt sich eine Behandlung; es wird das Ende der Debatte angeregt
- es gibt keine weiteren Beschlussvorschläge; es erfolgt eine umfängliche Information
- der Punkt Sonstiges wird vorgezogen

TOP 13 – Personalangelegenheiten (geschlossen)

DS 7-028: einstimmig beschlossen

TOP 14 – Sonstiges

- Information: am 18.12 gibt es zwei Treffen zur Politischen Bildung; bei den Regionalkonferenzen gab es immer wieder den Hinweis zu mehr politischer Bildung – hier sollten auch Mitglieder des Landesvorstandes teilnehmen
- es erfolgt die Bitte, dass kommunale Mandatsträger*innen auf das Kommunalpolitische Forum und die mögliche Mitgliedschaft hingewiesen werden; dies sollten wir auch aus unserer kommunalpolitischen Verantwortung sehen; dieser Punkt ist bei den Forderungen an den Koalitionsvertrag für kommunale Mandatsträger*innen mit drin
- Landesvorstandsbus: für den alten Bus würde es 5.000 € geben; die Abschreibung ist durch; neben Bernd Spolwig es gibt keine weiteren Interessent*innen für einen Kauf; es wurden alle Kreisverbände angeschrieben, ob sie den Bus haben wollen; der Landesvorstand ist damit einverstanden und es ist kein Beschluss erforderlich

F.d.R.

Dresden, 20.12.2019

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin